Anti-Spiegel

Fundierte Medienkritik – Thomas Röper

Kohleausstieg – Klimaschutz oder Milliardengeschenk an die Energiekonzerne?



VISIT…

LANZAROTE
Caliente.COM

Es wird behauptet, die „Klimahysterie" (Achtung: Unwort des Jahres 2019) sei nichts anderes, als ein Milliardengeschenk für die Industrie, vor allem für die Energiekonzerne selbst. Eine Verschwörungstheorie? Die nackten Zahlen geben die Antwort.

Die Bundesregierung hat den Kohleausstieg bis 2038 beschlossen und auch wenn nicht alle Details bekannt sind, reichen die bekannten Fakten völlig aus, um zu verstehen, was der Kohleausstieg tatsächlich bedeutet.

So bekommen die Betreiber der Kohlekraftwerke 4,35 Milliarden Euro geschenkt. Der Spiegel hat es beim Namen genannt, jedoch ohne zu erklären, was es bedeutet:

> *„Durch den geplanten Ausstieg aus der Kohle-Stromgewinnung werden Konzerne wie RWE, EnBW, Uniper und der tschechische Versorger EPH mit seinen ostdeutschen Gesellschaften Leag und Mibrag ihre Anlagen früher schließen müssen und daher weniger daran verdienen können als geplant. Das soll nun von staatlicher Seite ausgeglichen werden."*

Das ist ein Geschenk für die Konzerne. Alle ihre Kraftwerke sind lange genug am Netz, um Gewinne gemacht zu haben. Es geht also nicht darum, den Konzernen Entschädigungen zu zahlen, weil sie ihre Investitionen nicht mehr hereinbekommen und hohe Verluste machen. Eine solche Entschädigung wäre ja noch verständlich.

Nein, es geht darum, dass die Konzerne weniger Gewinn machen, als sie wollten.

Und dann sagen die Konzerne, wie viel Gewinn ihnen angeblich verloren geht und der Bund bezahlt das. Der Bund übernimmt also eine Gewinngarantie für die Konzerne.

Ein Vergleich: Stellen wir uns vor, der Bund möchte die kleine Bäckerei um die Ecke zwingen, ihren Laden zu schließen. Und der Bäcker könnte sagen: „Ich denke, dass in Zukunft noch viel mehr Leute bei mir Brötchen kaufen, als bisher. Also berechne ich meinen Gewinnausfall der nächsten Jahre auf diesen Zahlen." Und der Bund würde das dann anstandslos bezahlen.

An diesem Beispiel merkt man, wie absurd das Ganze ist.

Erstens würde der Staat nie einem kleinen Bäcker irgendwas erstatten. Oder haben Sie davon gehört, dass der Bund den Bäckern nun irgendwas erstattet, weil er sie zwingt, für jedes Brötchen einen Kassenbon zu drucken? Auf den Kosten bleiben die Bäcker sitzen, obwohl das auch ihren für die Zukunft geplanten Gewinn schmälert.

Zweitens ist das absurd, weil niemand weiß, welchen Gewinn eine Firma nächstes Jahr macht. Und erst recht weiß niemand, welchen Gewinn sie in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren machen würde. Aber die Energiekonzerne haben dazu Zahlen vorgelegt und der Bund wird ihnen nun die gewünschten Summen auszahlen.

Dabei könnte es zum Beispiel sein, dass Kohle in zehn Jahren viel teurer ist, als heute und dass daher die Gewinne viel niedriger wären, als nun berechnet. Der Staat nimmt den Energiekonzernen im Zuge des Kohleausstiegs das unternehmerische Risiko ab. Und in Deutschland protestiert niemand dagegen, weil dieser Unsinn hinter dem schönen Wort „Kohleausstieg" vertsteckt wird. Aber bezahlen dürfen es die Steuerzahler und Verbraucher in Deutschland.

Um das absurd zu finden, muss man kein „Linker" sein, im Gegenteil. Eigentlich müssten bei so etwas alle Wirtschaftsliberalen, alle Globalisierungsverfechter und wie sie sonst noch heißen, aufschreien. Sie sind es doch, die den Markt und das

unternehmerische Risiko über alles stellen. Was wir hier aber als „Kohleausstieg" verkleidet präsentiert bekommen, ist Planwirtschaft alter Schule.

Auch die Höhe der Entschädigung spricht Bände:

> *„Dabei wird ab 2020 eine gewisse Menge an Steinkohle-Leistung festgelegt, die vom Netz gehen soll. Dann fordert der Bund die Betreiber auf, Entschädigungsforderungen für die Abschaltung einzureichen. Dabei wird 2020 die Höchstsumme von 165.000 Euro pro Megawatt vorgegeben. 2021 und 2022 beträgt die Summe 155.000 Euro, die anschließend von Jahr zu Jahr um rund 25 Prozent gesenkt wird. 2026 sind es noch 49.000 Euro. Wer die geringsten Kompensationen verlangt, erhält den Zuschlag zur Abschaltung. Nach 2026 wird gar keine Entschädigung mehr gezahlt und die Anlagen nach Alter zwangsweise außer Betrieb gesetzt."*

Ich weiß, dass Megawatt und Megawattstunde unterschiedliche Dinge sind, aber trotzdem lohnt es sich, wenn man einmal den Preis einer Megawattstunde Strom an der Strombörse anschaut. Ein Megawatt wurde dort Ende 2019 für knapp 37 Euro gehandelt, die Entschädigung für eine Megawattstunde beträgt aber zu Anfang bis zu 165.000 Euro.



Schon jetzt ist der Strompreis in Deutschland der höchste in Europa. Wenn Sie jedoch ihre Stromrechnung bezahlen, dann sind nur knapp 25 Prozent der Summe auch tatsächlich die Stromkosten. Über 75 Prozent sind verschiedenste Abgaben.



Von Lindaholm für Strom-Report – http://strom-report.de/strompreis/, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=56470016

Dieser Anteil wird steigen, wenn das Klimapaket in Kraft tritt und wie die Entschädigungen für die Energiekonzerne bezahlt werden, weiß ich nicht.

Vielleicht fließen auch sie in den Strompreis ein. Wenn nicht, dann bezahlen Sie es eben über ihre Steuern, bezahlen müssen Sie es in jedem Fall.

Aber diese vier Milliarden sind nur Kleingeld. Also zumindest, wenn es um Entschädigungen für Konzerne geht. Die Einführung der Grundrente würde ca. fünf Milliarden kosten, das allerdings gilt als teuer und kaum finanzierbar, wenn man den Politclowns in der Regierung glauben will.

Zehnmal so viel soll aber in den Kohleausstieg fließen, wie wir im Spiegel lesen können:

> *„Im Zuge des Kohleausstiegs sind den betroffenen Regionen für den Strukturwandel über die Jahre zudem 40 Milliarden Euro zugesagt."*

„Strukturwandel" ist ein schönes Wort. Es bedeutet aber nichts anderes, als dass alle möglichen Konzerne nun in den betroffenen Regionen Subventionen bekommen, wenn sie dort investieren. Auch das ist also nichts anderes, als ein Riesengeschenk, das im Gießkannenprinzip an Konzerne ausgeschüttet wird, die sowieso irgendwo investieren wollen.

Es ist ja nicht so, dass der Kfz-Betrieb oder der Bäcker um die Ecke in den Genuss dieser Gelder kommen.

Aber auch das ist noch Kleingeld. Der Spiegel hat über Super-Uschis Programm für die EU berichtet, dass von der Leyen als Kommissionschefin angekündigt hat:

> *„So sollen 485 Milliarden Euro aus dem EU-Budget bis zum Jahr 2030 kommen, der Großteil davon vom künftigen Mehrjahresrahmenhaushalt, der von 2021 bis 2027 gelten wird. Das entspreche dem Ziel, dass etwa ein Viertel der künftigen Ausgaben im weitesten Sinne dem Klimaschutz zugutekommen sollten, heißt es."*

Wir können ja mal raten, wer wohl in den Genuss dieser halben Billion Euro kommen wird. Und wir können auch raten, wie viele Berater Super-Uschi wohl anheuern muss, damit sie das Geld auch verteilen kann.

Apropos Super-Uschi: Nachdem sie vor den Ermittlungen wegen Untreue und anderer Straftaten in ihrer Zeit als Verteidigungsministerin nach Brüssel geflohen ist, hat sie sich dort eine Abstellkammer neben ihrem Büro für 72.000 Euro zur Dienstwohnung umbauen lassen, kassiert aber weiterhin neben ihren 28.000 Euro Gehalt auch über 4.000 Euro steuerfreie Mietbeihilfe netto pro Monat, obwohl sie gar keine Wohnung mietet.

Es wäre schön, wenn den Friday-Hüpfern und ihren Fans mal jemand erklären würde, wofür sie in Wahrheit hüpfen: Für Milliardengeschenke an die Industrie, die sie dann, wenn sie irgendwann mal zu arbeiten anfangen, auch noch selbst bezahlen werden.

Bis Ende Januar können Sie mein neues Buch vorbestellen und bekommen dann ein von mir Hand signiertes Exemplar zugeschickt. Das Buch ist eine Sammlung der dreistesten „Ausrutscher“ der „Qualitätsmedien“ im Jahre 2019 und zeigt in komprimierter Form, wie und mit welchen Mitteln die Medien die Öffentlichkeit in Deutschland beeinflussen wollen. Von „Berichterstattung“ kann man da nur schwer sprechen. Über den Link kommen Sie zur Buchbeschreibung.